

**Büro Hans-Dietrich Genscher**

**1. Vorlesung**

**von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher**

**im Rahmen der Johannes-Gutenberg-Stiftungsprofessur**

**der Universität Mainz**

**„Der lange europäische Weg zur deutschen Einheit“**

**am 29. April 2002**

**in Mainz**

Es gilt das gesprochene Wort!

Am 1. und 2. Oktober 1990 fand in New York, wo sich die Außenminister der KSZE wegen der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufhielten, erstmals eine Außenministerkonferenz der KSZE auf dem Boden der Vereinigten Staaten von Amerika statt.

Am Vorabend des Tages der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 berichtete ich der KSZE-Konferenz über das Ergebnis der 2+4-Gespräche und über Inhalt und Bedeutung des 2+4-Vertrages, der die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung geregelt hatte.

Diesen Vertrag hatten der Außenminister der DDR, Ministerpräsident de Maizière, und ich für die beiden deutschen Staaten und die Außenminister der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion für die vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte unterzeichnet.

Unmittelbar vor der Sitzung der KSZE-Außenminister unterschrieben diese vier Außenminister das Dokument zur Suspendierung ihrer Rechte, die sich auf Deutschland als Ganzes sowie auf Berlin bezogen.

Damit sollte sichergestellt werden, dass das vereinte Deutschland in seiner Stunde Null, also am 3. Oktober 1990, frei von Eingriffsmöglichkeiten von außen sein sollte. Die volle Souveränität des vereinten Landes trat allerdings erst mit der Ratifikation des 2+4-Vertrages im Deutschen Bundestag und in den zuständigen Gremien der vier Mächte in Kraft.

Die Präsentation des 2+4-Vertrages vor der KSZE-Außenministerkonferenz war mehr als eine formale Angelegenheit.

Ich löste unser Versprechen ein, das Resultat der 2+4-Verhandlungen in die KSZE einzubetten.

Dieser Akt, zusammen mit der Beschlussfassung über die Charta von Paris für ein freiheitliches Europa am 21. November 1990 in einer KSZE-Gipfelkonferenz hatte den Charakter eines europäischen Friedensschlusses - nicht Friedensvertrages.

Diese Frage war längst obsolet. Deutschland war ein fester Bestandteil der Staatengemeinschaft geworden.

War die deutsche Teilung die Folge einer europäischen Katastrophe gewesen, so eröffnete die deutsche Vereinigung die Chance zu einem gesamteuropäischen Neubeginn.

Deutlicher konnte die Einbettung des deutschen Schicksals in das Schicksal Europas und die Bedeutung Deutschlands für Europa nicht zum Ausdruck gebracht werden. Europa und Deutschland beendeten ihre Teilung.

Wir hatten unsere Einheit verloren, weil wir gegen die Grundwerte Europas verstießen. Wir gewannen sie zurück als gute Europäer.

Die deutsche Teilung war das Ergebnis einer Werteverleugung in den Jahren 1933 bis 1945.

Die deutsche Vereinigung wurde möglich mit der Wertebesinnung nach dem Zweiten Weltkrieg, wie sie in dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kam.

Die schicksalhafte Verknüpfung Deutschlands mit Europa zu betonen und die Bedeutung der Grundwerte für das deutsche Schicksal zu unterstreichen, ist unerlässlich, wenn der Eindruck vermieden werden soll, die deutsche Vereinigung 1990 sei eher eine Laune des gütigen Schicksals gewesen.

In Wahrheit war sie das Ergebnis der größten demokratischen Revolution in der Geschichte Europas, nämlich der friedlichen Freiheitsrevolution im sowjetischen Machtbereich, also einschließlich der DDR.

Wir Deutschen können seither sagen: Diesmal, 1989, als es um Freiheit in Europa ging, waren wir Deutschen dabei.

Man kann deshalb mit guten Gründen feststellen, dass in das vereinte Land niemand mit leeren Händen gekommen ist.

Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland kamen mit einer freiheitlichen Staatsordnung, einem sozialen Rechtsstaat, der sozialen Marktwirtschaft.

Die Deutschen aus der DDR mit etwas ganz Kostbarem, nämlich selbst und friedlich errungener Freiheit.

Auch diese Freiheitsrevolution war weder Zufall noch eine Augenblickerscheinung. Alle Darstellungen des Weges zur deutschen Einheit, die im Jahr 1989 beginnen, gehen deshalb an den Wurzeln und den Gründen dieses Ereignisses vorbei.

Es war schon ein langer Weg, der vom 8. Mai 1945 zum 9. November 1989 und zum 3. Oktober 1990 führte.

Es war ein europäischer Weg, gegründet auf die Wertvorstellungen europäischer Demokratien.

Diese Werte sind konstitutiv für das Europa, zu dem wir uns bekennen.

Im Auswärtigen Amt wird mit einer Gedenktafel der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes gedacht, die im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind.

Unter den Namen steht der Satz: „Sie gaben ihr Leben für die Ehre des deutschen Volkes.“

Damit wird die ethische Begründung des Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur gewürdigt, die unabhängig vom Erfolg des Aufstands gegen Hitler ihre Bedeutung für alle Zukunft hat.

Die Tatsache, dass erst die militärische Niederlage des Dritten Reiches den Weg in eine neue demokratische Zukunft eröffnete, zeigt die moralische Dimension der deutschen Katastrophe im Jahre 1945.

Richard von Weizsäcker hat in seiner historischen Rede vom 8. Mai 1985 die befreiende Wirkung des 8. Mai 1945 für die künftige Entwicklung Deutschlands dargelegt.

Aus der Werteverleugnung des Unrechtsstaates von 1933 bis 1945 wurde die Wertbegründung des Neuanfangs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland legt von dieser Wertbegründung und damit auch Wertbindung des neuen Staates Zeugnis ab. Der Artikel 1 des Grundgesetzes ist die alles überragende Bestimmung unserer Verfassung, die in der Bezeichnung Grundgesetz die Tugend der Selbstbeschränkung zum Maßstab künftigen Handelns der neuen staatlichen Organisation der Deutschen macht.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das Grundgesetz rückt damit den Menschen, und das bedeutet: jeden Menschen, in den Mittelpunkt der durch die neue Verfassung vorgegebenen Werteordnung.

„Jedes Menschen“ heißt damit auch, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Volkszugehörigkeit.

Die Besonderheit der neuen Verfassung liegt vor allem in der Präambel.

Sie machte Vorgaben für die Außenpolitik des Landes:

1. die nationale und staatliche Einheit zu wahren. Dieses Postulat wurde mit der Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 erfüllt und ist seither nicht mehr in der Verfassung enthalten.
2. als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa zu handeln,
3. dem Frieden der Welt zu dienen.

Die Gültigkeit des Grundgesetzes war beschränkt auf die damals bestehenden Bundesländer, forderte aber das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Es erhob damit den Anspruch, für alle Deutschen und zu allen Deutschen zu sprechen.

Es verzichtete darauf, zur Frage der endgültigen Grenzen Deutschlands Stellung zu nehmen, und es erwähnte bei der Aufzählung der Länder nicht Berlin, das durch alliierte Entscheidungen einen besonderen Status erhalten hatte.

Rückblickend kann man feststellen, dass die Werteentscheidung des Parlamentarischen Rates der verfassunggebenden Versammlung für die Deutschen in den drei westlichen Besatzungszonen eine historische Bedeutung bekommen sollte für den zukünftigen Standort Deutschlands in der neu entwickelten europäischen Ordnung.

Die Wertvorgabe des Artikels 1 GG, die die Freiheitsfrage als das zentrale Postulat formulierte, bestimmte die innen- und außenpolitische Grundorientierung des neuen Staates schon in den Jahren seiner damals noch stark eingeschränkten außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

Sie bestimmte maßgeblich den Standort des neu entstehenden Staates als Teil der westlichen Wertegemeinschaft, einmal durch die Zugehörigkeit zum Europarat seit dem 5. Mai 1951, durch den Beitritt zum westlichen Verteidigungsbündnis, der NATO, am 9. Mai 1955 und durch die Mitgründung der Europäischen Gemeinschaften am 25. März 1957.

Zu Recht sah der Verfassungsgeber die Herstellung der Einheit im Zusammenhang mit unserer europäischen Berufung und unserer Verantwortung für den Weltfrieden. Es dauerte nicht lange und schon sollte die europäische Verantwortung der Deutschen auf die Probe gestellt werden.

Im März dieses Jahres ist 50 Jahre danach noch einmal die Diskussion aufgeflammt über die so genannte Stalin-Note vom 10. März 1952.

Natürlich ist es verständlich, dass dabei auch 50 Jahre danach die Frage im Mittelpunkt stand, ob das Angebot Stalins, dass man in den Worten zusammenfassen kann: Einheit und freie Wahlen für Neutralität, ernst gemeint war oder nicht.

Erstaunlich ist, wie wenig Beachtung die historische Bedeutung der deutschen Reaktion auf das Angebot nicht nur für unser Land, sondern für Europa und für die westliche Wertegemeinschaft findet.

Die Diskussion des Jahres 1952 fand in einem Umfeld statt, in dem der Wille zur Einheit eine starke Motivation politischen Handelns war, in dem aber gleichzeitig die Frage der Wiederbewaffnung in der frischen Erinnerung an die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges entschieden werden musste.

Die damalige Ablehnung des Angebots bedeutete die Hinwendung zur Gemeinschaft der westlichen Demokratien.

Deutschland nahm seinen Platz nicht zwischen den Fronten– dem sowjetischen Herrschaftsbereich im Osten und der im Entstehen begriffenen demokratischen Staatengemeinschaft im Westen Europas ein–, sondern als Teil der westlichen Wertegemeinschaft.

Diese Haltung der Bundesrepublik Deutschland war konstitutiv für die Wirksamkeit und den Bestand des Bündnisses der nordamerikanischen und europäischen Demokratien und für die Begründung der Europäischen Gemeinschaft.

Das westliche Bündnis der NATO ohne die Bundesrepublik Deutschland wäre als Faktor europäischer Stabilität und westlicher Sicherheit ein Torso geblieben.

Die Europäische Gemeinschaft ohne die Bundesrepublik Deutschland hätte den Anspruch, Kernzelle der europäischen Einigung zu werden, nicht erfüllen können.

Winston Churchill hatte schon in seiner historischen Rede in Zürich am 19. September 1946 Deutsche und Franzosen aufgefordert, ihre so genannte Erbfeindschaft zu beenden und damit den Weg zur Einigung Europas – er hatte zu diesem Zeitpunkt ganz gewiss nur Kontinentaleuropa im Auge – zu eröffnen.

Die Haltung der damaligen Bundesregierung und der Parlamentsmehrheit aus CDU/CSU und FDP zur Westintegration der Bundesrepublik Deutschland führte zu einer leidenschaftlichen Debatte in der für viele Westintegration und deutsche Vereinigung unversöhnliche Gegensätze zu bilden schienen.

Am Ende dieses Entscheidungsprozesses stand das Konzept: deutsche Einheit durch Westintegration.

Es kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die erste außenpolitische Entscheidung der neu entstandenen deutschen Demokratie von grundlegender Bedeutung für die Zukunft Europas und für den Ausgang des Ost-West-Konflikts waren.

Deutschland, in seinen außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten noch immer beschränkt, traf eine historische Entscheidung, ohne die das westliche Bündnis und die Einheit Europas in seiner heutigen Form und in seinen sich heute ergebenden Perspektiven nicht oder jedenfalls nicht so und auch nicht in dem Zeitrahmen hätte verwirklicht werden können.

Das festzuhalten, ist wichtig für das Selbstverständnis der deutschen Rolle im Nachkriegseuropa.

Es ist auch wichtig an die Adresse derjenigen in Deutschland, die unmittelbar nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands von der Notwendigkeit sprachen, Deutschland müsse aus der Zuschauerloge heraustreten und endlich Verantwortung übernehmen.

Eine solche Auffassung ist nicht nur unhistorisch, sondern sie ist auch geeignet, zu einer Fehleinschätzung künftiger Entwicklungen und Herausforderungen zu führen.

Die damalige Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland unterstreicht die zentrale Bedeutung deutscher Politik für die Zukunft Europas.

Wenn von deutscher Verantwortung gesprochen wird, so bedeutet es angesichts dessen, was von 1933 bis 1945 geschehen ist, Verantwortung für und aus dieser Zeit.

Aber es bedeutet ganz unabhängig davon die Verantwortung, die unser Volk in der Mitte Europas, als das Volk mit den meisten Nachbarn, für die Zukunft des ganzen Kontinents trägt, im Guten wie im Schlechten.

Es ist deshalb auch unhistorisch, von größerer Verantwortung nach der Vereinigung zu sprechen.

Vielmehr stellen neue Herausforderungen auch neue Fragen, aber diese müssen von allen Staaten in Europa beantwortet werden.

In Wahrheit bedeutet die Freiheit der Deutschen auch die Freiheit für alle Europäer und umgekehrt.

Wir werden im Rahmen dieser Vorlesungsreihe Professor Bronislaw Geremek hören, der zu den herausragenden Persönlichkeiten der polnischen Freiheitsbewegung gehörte und der in den 90er-Jahren mehrere Jahre die Verantwortung für die polnische Außenpolitik als Außenminister getragen hat.

Unvergesslich ist für mich meine Begegnung mit ihm und Lech Walesa, dessen außenpolitischer Berater er damals war, am Morgen des 10. Novembers 1989 in Warschau, also wenige Stunden nach der Öffnung der Mauer in Berlin.

Bronislaw Geremek sagte an diesem Morgen: Die Öffnung der Mauer in Berlin ist die Öffnung des Weges zur deutschen Einheit.

Deshalb ist dieser Tag auch ein großer Tag für Polen, denn wenn Deutschland vereint sein wird, wird Polen Nachbar der Europäischen Gemeinschaft und der NATO sein.

Heute ist Polen nicht nur Nachbar, sondern Mitglied der NATO und in weniger als zwei Jahren wird es Mitglied der Europäischen Union sein.

Der lange Weg zur deutschen Einheit hatte mit der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland seine erste langfristige und vor allen Dingen definitive Orientierung erhalten.

Sie wurde zu einem Element europäischer Stabilität, die mit der zunehmenden Ost-West-Konfrontation immer größere Bedeutung erhielt.

Die europäische Einigung überwand für den westlichen Teil Europas die alten Rivalitäten und setzte an ihre Stelle das Bewusstsein einer schicksalhaften Verknüpfung und daraus folgend gemeinsamer europäischer Verantwortung.

Die Entscheidung für die europäische Einigung würde aber missverstanden, wenn man sie interpretieren würde als eine Antwort auf die sowjetische Bedrohung.

Diese war real, aber ihr wurde begegnet mit der Gründung der NATO am 4. April 1949 und was Deutschland anging, mit dem Beitritt zur NATO am 9. Mai 1955.

In dem Verständnis der damals handelnden Politiker in der EG war dieser europäische Gründungsakt eine Antwort auf die Irrwege der europäischen

Geschichte im 18. und 19. Jahrhundert, vor allem aber auf die zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert. Es war dies zuallererst eine Werteentscheidung.

In der zunehmenden Konfrontation zwischen West und Ost auf europäischem Boden wurde die Bedeutung der Freiheitsfrage immer deutlicher.

In Berlin weigerten sich die Einwohner der drei Westsektoren, dem von Moskau unterstützten Drängen der SED nachzugeben.

Die Berlin-Ultimea erhöhten den Druck auf den Westen und verdeutlichten die sowjetischen Absichten, die Westmächte aus Berlin hinauszudrängen oder zumindest den sowjetischen Einfluss auf Westberlin zu erhöhen.

Hier hatte die entschlossene Reaktion des Westens, insbesondere der USA mit der Luftbrücke vom 24. Juni 1948 bis 30. September 1949 ein deutliches Signal gegeben: Bis hierher und nicht weiter.

Am 17. Juni 1953 wurde der Volksaufstand in der DDR vom sowjetischen Militär blutig niedergeschlagen.

Das wiederholte sich in Ungarn mit dem Streben einer reformkommunistischen Führung nach Unabhängigkeit und Demokratisierung, das ebenfalls von sowjetischen Panzern blutig erstickt wurde und zur Hinrichtung der Reformen führte. Das Gleiche wiederholte sich noch einmal 1968 mit der Niederschlagung des Prager Frühlings mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts, in das Land, für das der Reformkommunist Dubcek Unabhängigkeit und einen eigenen Weg zu einem - wie er es nannte - „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ erreichen wollte. Parallel dazu kam es immer wieder zu inneren Spannungen in der Volksrepublik Polen, in der durch die starke Verankerung der Katholischen Kirche, die Kirche selbst, aber auch ihr nahestehende Persönlichkeiten und Gruppierungen, zuletzt Solidarnosc, sich um Freiheitsräume nicht nur für die Religionsausübung, sondern auch für die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte bemühten.

Durch den Bau der Mauer 1961 und durch den Eisernen Vorhang im wahrsten Sinne des Wortes mitten durch Deutschland wurde die Abgrenzungspolitik der DDR immer perfekter vollzogen.

Auf der westlichen Seite wurde die richtige Entscheidung für das westliche Bündnis und seine ausreichende Stärke nicht begleitet durch eine politische Strategie, die darauf angelegt war, die Teilung Europas und Deutschlands zu überwinden.

Die hilflose Reaktion der damaligen Bundesregierung auf den Bau der Mauer am 13. August 1961 machte das schlaglichtartig deutlich.

Das Gleiche hatte schon für die Reaktionen des Westens auf die Juni-Ereignisse 1953 in der DDR und auf die Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956 gegolten.

Außer lautstarken Protesten wurden keine Konsequenzen gezogen.

Eine Wende im westlichen Denken brachte der Harmel-Bericht der NATO vom 14. Dezember 1967.

In diesem Dokument wurde eine politische Strategie entwickelt, die gekennzeichnet war:

1. von der Entschlossenheit, das für die Verteidigung Notwendige zu tun und
2. von dem Willen zur Zusammenarbeit mit dem Ziel, eine gesamteuropäische Friedensordnung zu schaffen.

Diese gesamteuropäische Friedensordnung wurde als das höchste Ziel der Allianz bezeichnet.

Die deutsche Teilung galt als das Haupthindernis auf diesem Wege.

In der Substanz bedeutete diese politische Strategie, dass das deutsche und das europäische Schicksal miteinander verbunden wurden.

Die Lösung der deutschen Frage erhielt den Rang einer Voraussetzung für die Zusammenführung Europas.

Damit wurde auch der illusionäre Versuch ausgeschlossen, eine Zusammenführung Europas um Deutschland herum zu suchen.

Die Wirksamkeit dieser politischen Strategie, die angesichts des transatlantischen Bündnisses als Träger des Harmel-Berichts eine europäisch-amerikanische Strategie war, hing nunmehr wesentlich von der deutschen Politik ab, die mit mutigen Konzepten die Hindernisse auf dem Wege zu einer Entspannung zwischen Ost und West als Voraussetzung einer Ost-West-Annäherung aus dem Wege räumen musste.

Die Regierungskoalition aus SPD und F.D.P. im Jahre 1969 kam zustande für innenpolitische Reformen, als Reaktion auf die Ereignisse des Jahres 1968, vor allen Dingen aber durch neues Denken in der Außenpolitik.

Es musste ein Modus Vivendi gefunden werden für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und mit den anderen Staaten des Warschauer Pakts, insbesondere mit Polen, der Tschechoslowakei und der damaligen DDR.

Der Kern der neu zu schließenden Verträge bedeutete Gewaltverzicht und die Bereitschaft zu politischer, wirtschaftlicher und auch kultureller Zusammenarbeit. Definitive Entscheidungen zu Grenzfragen konnte die damalige Bundesrepublik Deutschland als Teilstaat nicht treffen.

Als die schwierigste Frage erwies sich – keineswegs überraschend – die Haltung der Vertragsschließenden zur Frage der deutschen Einheit.

Das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit war für die Bundesrepublik Deutschland unabdingbar und deshalb auch nicht verhandelbar.

Sie wurde dabei von den Westmächten unterstützt.

Für die Bundesrepublik Deutschland war es von zentraler Bedeutung, dass die Option für die deutsche Einheit offen gehalten und in die Entwicklung in Europa eingebettet wurde.

Die Schaffung von stabilen Rahmenbedingungen für friedliche Veränderungen wurde erreicht mit den Ostverträgen und vor allem in der KSZE mit einem neuem Konzept verantwortlichen außenpolitischen Handelns.

Ein Konzept, das auch jetzt bei der zu bewältigenden Aufgabe einer neuen Weltordnung Beachtung finden muss.

Es muss berücksichtigt werden, dass für die Führung der DDR die Teilung Deutschlands Voraussetzung für die Existenz der DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland war.

Die damalige sowjetische Führung sah in der Existenz eines von ihr bestimmten und abhängigen zweiten deutschen Staates die Sicherung ihres unmittelbaren Einflussbereiches bis zu Elbe und Werra, d. h. bis in die Mitte Europas.

Die Bundesregierung verfolgte in diesen Fragen das entgegengesetzte Ziel.

Zudem galt es vor der Unterzeichnung und Ratifizierung des Moskauer Vertrages den Abschluss eines Berlin-Abkommens der vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte, also der USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion sicher zu stellen.

Das Vier-Mächte-Abkommen bestätigte die Bindungen Berlins an den Bund und die Freiheit der Zufahrtswege von und nach Westberlin.

Da diese über das Gebiet der DDR führten, lag in der Vier-Mächte-Vereinbarung für Berlin auch eine Bekräftigung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und damit der westlichen Ablehnung der Zwei-Staaten-Theorie der Sowjetunion, die die Endgültigkeit der deutschen Teilung besiegeln sollte.

Auch hier setzte die Bundesregierung die Offenhaltung der deutschen Frage und die Verknüpfung mit dem europäischen Schicksal mit dem „Brief zur deutschen Einheit“ durch, den der damalige Außenminister Walter Scheel an die Vertragspartner des Moskauer Vertrages, also die Sowjetunion, und des Grundlagenvertrages, also die DDR, richtete.

Dieser Brief besagte, dass das Ziel der deutschen Politik, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit vollenden kann, nicht im Widerspruch steht zu dem jeweils geschlossenen Vertrag.

Damit hatte die deutsche Außenpolitik ganz im Sinne der europäischen Verantwortung Deutschlands das nationale Ziel der staatlichen Einheit untrennbar verknüpft mit dem europäischen Ziel der Überwindung der Teilung Europas.

Deutschland handelte damit auch im Sinne seiner östlichen Nachbarn.

Der Verhandlungserfolg beim Abschluss der Ostverträge wird in dem Umstand deutlich, dass mit Moskau und als Folge davon auch mit Ostberlin eine

Verständigung dahingehend erreicht wurde, dass der „Brief zur deutschen Einheit“

1. Bestandteil des Gesamtvertragswerks wurde,
2. dass weder die sowjetische Führung noch die Führung der DDR diesen Brief mit einem Widerspruch zu Protokoll der Verhandlungen beantworteten.

Die Ostverträge waren wie zuvor die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland mit der deutschen Öffentlichkeit und im Deutschen Bundestag heftig umstritten.

Sie erwiesen sich als Voraussetzung und Schlüssel für den nächsten Schritt der Ostpolitik, der nunmehr in dem Versuch bestand, die Zusammenführung Europas unter westlichen Vorzeichen zu ermöglichen.

Anknüpfungspunkt für die neue westliche Ostpolitik war der Vorschlag der sowjetischen Führung für die Einberufung einer so genannten Gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz.

Das politische Ziel dieser Konferenz war aus sowjetischer Sicht die definitive Bestätigung ihres Besitzstands in Europa, einschließlich der deutschen Teilung. Mit dem Entschluss der Mitgliedstaaten der NATO, auf diese sowjetische Konferenzinitiative, nicht aber auch auf ihre Zielsetzung einzugehen, wurde das Konzept des Harmel-Berichts verwirklicht.

Westliches Ziel war es, durch Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Menschenrechte, aber auch der Freiheit der Entscheidung für die teilnehmenden Staaten über ihre Zugehörigkeit zu einem Bündnis Voraussetzungen zu schaffen für einen eigenen Weg der Staaten im sowjetischen Machtbereich.

Vor allem die Bundesregierung legte Wert darauf, durch Einführung westlicher Wertevorstellungen zu einer Veränderung im sowjetischen Machtbereich beizutragen, und das nicht nur prinzipiell, sondern auch in konkreten Feldern, wie der Presseberichterstattung aus dem sozialistischen Machtbereich.

Schließlich sollte durch kulturellen Austausch aber auch durch die Zusammenarbeit in anderen Bereichen das sowjetische Interesse am Prozess der Annäherung gestärkt werden.

Die deutsche Rolle beim Zustandekommen der Schlussakte von Helsinki war angesichts der deutsch-deutschen Problematik nicht nur besonders aktiv, sie war auch inhaltlich bestimmend.

Eine Besonderheit stellte die Forderung der Sowjetunion dar, die Unveränderbarkeit der Grenzen in Europa für immer zu bestätigen.

Das hätte zu einer Zementierung der deutschen Teilung durch Zementierung der deutsch-deutschen Grenze geführt und gleichzeitig europäische Integrationsschritte behindert.

Die deutsche Außenpolitik überzeugte zunächst ihre westlichen Partner von der Notwendigkeit, auf jeden Fall durch die Einführung des Rechts auf die friedliche

Veränderbarkeit der Grenzen die Option der deutschen Einheit und der europäischen Integration zu sichern.

Im Verhältnis zur Sowjetunion konnte dieser Standpunkt, v. a. mit der Unterstützung der USA, kurz vor Abschluss der Verhandlungen über die Schlussakte von Helsinki durchgesetzt werden.

Am 1. August 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki mit Ausnahme Albanien von allen Staaten Europas, sowie vom Vatikan und von den beiden nordamerikanischen Demokratien, USA und Kanada, unterzeichnet.

Deutschland hatte von Anfang an zur Voraussetzung seiner Teilnahme an der Konferenz die Teilnahme der USA und Kanadas gemacht.

Damit wurde die Absicht Moskaus vereitelt, mit dieser Konferenz zusätzlich zur Befestigung des Status quo in Europa, auch eine Trennung Europas von den Amerika einzuleiten.

Von gleichem Gewicht war die Umkehrung des Verhandlungsziels der Sowjetunion. Aus dem Ziel der Befestigung des Status quo wurde die Öffnung für die deutsche Vereinigung und die europäische Integration, aber auch die Öffnung der sozialistischen Gesellschaften.

Mit dem Konzept der KSZE wurde die westliche Strategie der Sicherheit des Westens durch ausreichende Verteidigung und der Zusammenarbeit und der Einführung westlicher Wertvorstellungen sowie wirtschaftlicher Möglichkeiten in das West-Ost-Verhältnis verwirklicht.

In der Geschichte der Diplomatie ist diese Umkehrung der Konferenzabsicht des Initiators, in diesem Fall also der Sowjetunion, ohne Beispiel.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte wurde ein dynamischer Veränderungsprozess für ganz Europa eingeleitet.

Er verlangte im Kern Veränderungen nur im sowjetischen Machtbereich.

Er führte zum Abbau von Feindbildern und damit zum Verlust wichtiger Argumente für die Abgrenzungspolitik der sozialistischen Staaten, insbesondere der DDR und der Sowjetunion.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass im Westen wie im Osten die Bedeutung der Schlussakte und ihre möglichen Wirkungen unterschätzt wurden.

Die sowjetische Führung unterschätzte die Auswirkungen von Zusammenarbeit durch menschliche Kontakte und den Austausch von Informationen auf ihren Machtbereich.

Wäre sie zu einer anderen Einschätzung gekommen, hätte die sowjetische Führung 1975 der Schlussakte nicht zugestimmt.

In Washington und in den meisten europäischen Hauptstädten wurden die Chancen, die sich aus dem in Gang gekommenen KSZE-Prozess ergaben, zu zaghaft und zu gering beurteilt.

Manche hielten sie für nutzlos aber unschädlich.

Besonders wurde die dynamische Wirkung des gesamteuropäischen Ansatzes unterschätzt.

Aus der Besinnung auf gemeinsame europäische Werte wurde ein immer stärkeres Bewusstsein europäischer Identität.

Die Unterschätzung der KSZE wurde in der parlamentarischen Behandlung in den westeuropäischen Staaten deutlich.

Nicht so in Deutschland!

In Deutschland verknüpfte die Bundesregierung mit der Schlussakte von Helsinki erhebliche Erwartungen für das deutsch-deutsche Verhältnis, insbesondere auch für die menschlichen Kontakte, aber auch für die Beziehungen zu den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts und zur Sowjetunion.

Die Opposition dagegen befürchtete nachteilige Auswirkungen auf die westliche Sicherheit und für den Anspruch auf die deutsche Vereinigung.

Im Bundestag kam es noch einmal, wie bei den Ostverträgen, zu heftigen Auseinandersetzungen, die in dem Antrag der Opposition von CDU und CSU gipfelten, die Schlussakte von Helsinki nicht zu unterzeichnen.

Die Unterzeichnung fand am 1. August 1975 in Helsinki statt.

Die Veränderungen, die durch die Einführung westlicher Wertvorstellungen, aber auch durch die humanitären Regelungen und durch die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen bewirkt wurden, veränderten die sozialistischen Systeme.

Die Schlussakte von Helsinki erwies sich nicht als statisches Dokument, das eine Periode zementierte, sondern geradezu als Startschuss für eine dynamische Entwicklung, für einen Prozess – den KSZE-Prozess –, in dem Deutschland als das von Teilung Europas hauptbetroffene Land eine entscheidende initiative Rolle übernahm.

In einem laufenden Konsultationsprozess konnten im Rahmen der NATO auch die Vereinigten Staaten von Amerika für eine Unterstützung des europäischen Standpunktes gewonnen werden.

In der Konferenz selbst traten drei verschiedene Staatengruppen auf.

Einmal die westlichen Staaten, dann die neutralen und nicht gebundenen, die so genannten N+N-Staaten, das waren die Schweiz, Österreich, Finnland, Schweden, Island, aber auch Jugoslawien sowie kleinere Staaten wie Malta, und schließlich die Gruppe der sozialistischen Staaten, die im Warschauer Pakt zusammengeschlossen waren.

Die Verhandlungen zeigten zunehmend unterschiedliche Akzente in verschiedenen Bereichen innerhalb der sozialistischen Staaten.

Besonders deutlich wurde das im Bereich der Zusammenarbeit und mit Ungarn, aber bei Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in der Haltung Rumäniens.

Der KSZE-Prozess hielt schweren Belastungen im West-Ost-Verhältnis stand, so auch bei der sowjetischen Intervention in Afghanistan.

Die Tatsache, dass zur Grundlage der Zusammenarbeit im KSZE-Prozess auch gegenseitiges Geben und Nehmen gehörte, ließ alle Beteiligten am KSZE-Prozess festhalten.

Das deutsche Interesse bestand in humanitären Regelungen in der Zeit der Teilung und der Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für die deutsche Vereinigung.

Die dabei erzielten Fortschritte waren nur möglich als Teil einer gesamteuropäischen Entwicklung.

Die Einbettung des deutschen Schicksals in das europäische erwies sich dabei wieder als Grundvoraussetzung für die Durchsetzung unseres nationalen Zieles: der Überwindung der Teilung unseres Landes.

Entscheidend war, dass es trotz immer deutlicher werdender

Bürgerrechtsentwicklungen in den verschiedenen sozialistischen Staaten, insbesondere in Polen, aber nicht nur dort, nicht mehr wie in der Vergangenheit zu sowjetischen Interventionen kam.

Wie die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär gegen einen eher orthodoxen Gegenspieler zeigte, hatte die Veränderung auch die Führungsgremien der kommunistischen Parteien der Sowjetunion erfasst.

Stimmen, wie die Sacharows, blieben auch in der Sowjetunion nicht ungehört.

Rückblickend kann gesagt werden, dass die Chancen für Reformer wie Gorbatschow in einer Zeit heftigster Konfrontation sehr viel geringer gewesen wären, sich gegenüber den orthodoxen Kräften durchzusetzen.

Nach dem überraschenden Tod von Generalsekretär Andropow war es noch einmal gelungen, den zur alten Garde gehörenden Tschernenko am 13. Februar 1984 in das Amt des Generalsekretärs zu bringen.

Dessen Tod am 10. März 1985 machte dann endgültig den Weg frei für Gorbatschow als Generalsekretär und für Schewardnadse als Außenminister.

Vorangegangen war gegen Ende der Breschnew-Zeit eine dramatische Ost-West-Krise, die als ihre Wurzel die sowjetische SS 20-Rüstung hatte.

Es handelte sich dabei um neue sowjetische Atomraketen, die durchaus für eine Reichweite bis nach Amerika hätten ausgelegt werden können, die aber geographisch beschränkt waren, um damit Washington zu signalisieren, dass es sich nicht um eine gegen die USA gerichtete Bedrohung handeln sollte, sondern um eine Bedrohung für das weitere Umfeld der Sowjetunion, vor allem Westeuropa, aber auch für den Nahen und Mittleren Osten, China und für Japan.

Das politische Ziel dieser Rüstung war die sicherheitspolitische Abkopplung Westeuropas.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte frühzeitig auf die Gefahr für den inneren Zusammenhalt des Bündnisses hingewiesen.

Die Antwort war der so genannte NATO-Doppelbeschluss, d. h. die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und amerikanischer Marschflugkörper von mittlerer Reichweite, die die westliche Hälfte der Sowjetunion erreichen konnten.

Die deutsche Politik setzte durch, dass diese Nachrüstungsentscheidung gekoppelt wurde mit dem Angebot zu Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten, verbunden mit der optimalen Zielsetzung der gänzlichen Beseitigung der Mittelstrecken auf beiden Seiten.

Von Gorbatschow wissen wir heute, dass diese westliche Entschlossenheit in der sowjetischen Führung einen nachhaltigen Eindruck hinterließ.

Sie stellte nämlich unter Beweis, dass es nicht möglich sein würde, das westliche Bündnis zu spalten oder gar die USA aus Europa hinauszurüsten.

Der propagandistische Druck lastete in jener Zeit vornehmlich auf der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und F.D.P. brauchte viel Kraft, um ihre Entscheidung durchzusetzen. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sich das Schicksal des NATO-Doppelbeschlusses wiederum in Deutschland entschied. Genauso wie vorher das Schicksal von NATO und Europäischer Gemeinschaft durch die klare Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für die Westintegration. Mit der Berufung Gorbatschows zum Generalsekretär und mit der Entscheidung der neuen Führung für Perestroika und Glasnost nach innen als Voraussetzung auch einer neuen Außenpolitik ergaben sich völlig neue Perspektiven der Ost-West-Zusammenarbeit und der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. Gorbatschow stellte mit dem Begriff eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ die europäische Identität und die Einheit in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik. Das war mehr als ein neuer Akzent. Und was dem europäischen Haus geboten wurde, konnte dem deutschen Haus nicht verweigert werden.

Widerstände gegen diese Entwicklung von den Vertretern alten Denkens gab es nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den westlichen Staaten, sowohl in den USA wie in Europa und hier nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik Deutschland. Eine genaue Analyse der Vorstellungen Gorbatschows, der innere Zusammenhang seiner Politik nach innen und nach außen und der von ihm unternommenen Schritte ließ die Perspektiven einer grundlegenden Veränderung der sowjetischen Politik erkennen.

In dieser Phase kam es entscheidend darauf an, Gorbatschow gegenüber seinen Kritikern in Moskau nicht als Akteur ohne Partner, als Rufer ohne positives Echo erscheinen zu lassen.

Hier lag für mich der Grund, in meiner Rede am 1. Februar 1987 in Davos den Westen aufzufordern, Gorbatschow ernst zu nehmen, ihn beim Wort zu nehmen, eine historische Chance nicht zu versäumen.

Das Echo auf diese Rede war im hohen Maße zwiespältig.

Einer großen Zustimmung stand entschiedene Ablehnung gegenüber.

Es sollte sich zeigen, wie stark Vorurteile das Denken vieler Verantwortlicher im Westen beherrschte.

Die Gefahr einer Einschränkung der eigenen Handlungsfähigkeit war groß. Viele der Kritiker erkannten nicht, dass die Öffnung der sowjetischen Gesellschaft, die Anerkennung der Menschenrechte sowie der Identität und der Einheit Europas dramatische Wirkung haben musste.

Das neue Denken in Moskau förderte Veränderungsprozesse in den anderen sozialistischen Staaten. Es führte aber auch zu Spannungen zwischen Moskau und Ostberlin.

Die DDR als deutscher Teilstaat erwies sich als das schwächste Glied in der Kette der sozialistischen Staaten.

Hatte die DDR-Führung in der Vergangenheit immer wieder wiederholt: Von Moskau lernen, heißt siegen lernen, so ließ sie jetzt wissen, dass es nicht nötig sei, nur wegen der Veränderung in Moskau das eigene Haus neu zu tapezieren.

Im Sommer 1989 sollte sich eine dramatische Veränderung im Verhältnis Moskau einmal zur Bundesrepublik Deutschland, zum anderen zur DDR ergeben.

Am 12. Juni 1989 kamen Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse nach Deutschland.

Wir hatten den Eindruck, dass in Moskau die Würfel gefallen waren.

Wie anders hätte ich die Erklärung Schewardnadses mir gegenüber verstehen können: „Ich bin überzeugt, alle sozialistischen Staaten werden zur Demokratie gelangen.“

Am 13. Juni unterzeichneten Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow eine gemeinsame Erklärung, d. h.: Der Mensch mit seiner Würde, seinen Rechten und die Sorge um das Überleben der Menschheit im Mittelpunkt der Politik stehen.

Das Recht aller Völker und Staaten ihr Schicksal frei zu gestalten muss sichergestellt werden.

Die Erklärung enthielt ein Bekenntnis zum gemeinsamen Europäischen Haus.

Die Bundesregierung konnte einen Höchststand in den deutsch-sowjetischen Beziehungen für sich verbuchen.

Die Bedeutung dieser Feststellung erhöhte sich durch den Umstand, dass zwei Wochen vorher, nämlich am 30. und 31. Mai 1989, der amerikanische Präsident George Bush und Außenminister Baker Deutschland besucht hatten.

Präsident Bush hielt hier in Mainz - in der Rheingoldhalle - vor den Repräsentanten des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens eine bedeutsame Rede, die er unter den Titel stellte: „Für ein ungeteiltes Europa“.

Darin forderte er eine Stärkung des KSZE-Prozesses, freie Wahlen und Pluralismus im sowjetischen Machtbereich.

Wörtlich sagte er: „Mehr politische Freiheit im Osten, ein Berlin ohne Mauer, eine saubere Umwelt, ein weniger militarisiertes Europa – das sind für sich genommen schon ehrenwerte Ziele.“

Er fuhr fort: „Zusammengenommen sind sie die Merkmale einer umfassenden Vision – ein Europa, das frei und in Frieden mit sich selbst lebt.“

Und weiter: „Die Grundlage dauerhafter Sicherheit erwächst nicht aus Panzern, Truppen oder Stacheldraht.

Sie wird auf gemeinsame Werte und Vereinbarungen gegründet, die freie Völker verbinden.“

Die Bundesrepublik Deutschland war damit für die Ereignisse 1989 gut aufgestellt. Präsident Bush und Präsident Gorbatschow waren es, die ein Jahr später in Washington das schwierigste Hindernis für die deutsche Vereinigung aus dem Weg räumten, nämlich die Zustimmung der Sowjetunion zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO.

Die Begegnung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Michail Gorbatschow am 15. Juli 1990 im Kaukasus, an der auf sowjetischer Seite Außenminister Schewardnadse und auf deutscher Seite außer mir Finanzminister Waigel und der verstorbene Bundesminister Klein teilnahmen, konnte Einvernehmen bringen über die noch offenen Fragen, nämlich den Zeitpunkt des Abzugs der sowjetischen Truppen, die Stärke der Bundeswehr und die Höhe der deutschen Finanzleistungen.

Die handelnden Kräfte aber waren die Völker im sowjetischen Machtbereich, in Ungarn, in Polen, der Tschechoslowakei, der DDR und später auch in Bulgarien und Rumänien.

Hatten frühere Volksaufstände in nur jeweils einem Land stattgefunden, so konnte man jetzt von einer europäischen Bürger- und Freiheitsrevolution sprechen.

Rückblickend kann man feststellen, dass die Völker Europas sich im 20. Jahrhundert niemals so nahe waren wie in den Jahren 1989 und 1990.

Und für Deutschland ist von besonderer Wichtigkeit, dass auch die Deutschen in der DDR Träger dieser wahrhaft europäischen Freiheitsrevolution waren.

Zehntausende aus der DDR, die nach Ungarn flohen, und die mutige Entscheidung der ungarischen Führung, ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, zeigte, wie brüchig die Abgrenzungspolitik der DDR geworden war.

Den entscheidenden Schlag gegen die Mauer führten viertausend Menschen in der Deutschen Botschaft in Prag.

Waren die Deutschen aus Ungarn noch gegen den Protest der DDR in die Bundesrepublik gekommen, so öffneten sich die Tore der Botschaft in Prag schon mit der Zustimmung der mehr und mehr unter Druck geratenen DDR-Führung.

Das Schicksal der Mauer war besiegelt.

Sie hielt dem Druck von innen nur noch wenige Wochen stand.

Die Mauer und der Eiserne Vorhang wurden vom Osten her von den Menschen zum Einsturz gebracht.

Nun erwies sich, dass die Rahmenbedingungen, die die deutsche Nachkriegsaußenpolitik vorher geschaffen hatte, eine Einbettung der Freiheitsrevolutionen sicherten.

Jacques Delors als Präsident der Europäischen Kommission erkannte frühzeitig die historische Chance.

Er rief mich im Oktober 1989 an und fragte mich, wie er nach meiner Auffassung das Verhältnis der EG zu Ostberlin gestalten sollte, ob es darauf hinauslaufen würde, sich als 13. Mitglied der Europäischen Gemeinschaft anzuschließen.

Ich antwortete ihm, es gehe nicht darum, dass die DDR ein weiteres Mitglied der EG wird, sondern die DDR werde als Teil des vereinigten Deutschlands Mitglied der EG werden.

Jacques Delors stimmte zu.

Am 12. September 1990 wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten sowie Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA

unterzeichnet. Auch er bettete die deutsche Vereinigung in das europäische Schicksal ein.

Er sprach von dem Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa.

Das vereinte Deutschland war damit dort angekommen, wo es seiner europäischen Berufung gerecht werden kann.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 machten den Weg frei für die Charta von Paris für ein freiheitliches Europa, die auf dem Pariser KSZE-Gipfel am 21. November 1990 unterzeichnet wurde.

Im Sinne dieser Charta muss Deutschland auch in Zukunft der durch die Einheit bekräftigten europäischen Verantwortung gerecht werden.